

Genitalverstümmelung ist Menschenrechtsverletzung

Genitalverstümmelung ist eine menschenverachtende Praxis. Weltweit sind über 130 Millionen Mädchen und Frauen betroffen. Auch in Deutschland, speziell in Nordrhein-Westfalen, leben immer mehr Betroffene. Die medizinischen, psychischen und sozialen Folgen der Genitalverstümmelung sind gravierend. Die NRW-Koalition aus FDP und CDU fordert von der Landesregierung durch intensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein der Bevölkerung für dieses Thema zu schärfen und die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit zu optimieren. Weiterhin soll eine spezifische Handlungsempfehlung für Fachkräfte erstellt werden, die konkrete Hilfe im Einzelfall ermöglicht.

→ [Antrag: Verletzungen von Körper und Seele entgegenreten](#)

Kindesmissbrauch: Jeder Fall ist einer zu viel

Kinder und Jugendliche sind im Alltag vielfältigen Gefahren ausgesetzt. Es ist die Aufgabe von Eltern, Familien, Freunden und Betreuenden, sie vor diesen zu schützen. Die Dunkelziffer von Missbrauchsfällen ist hoch. Daher muss dem Thema Kinderschutz ein neuer Stellenwert gegeben werden. Die Fraktionen von FDP, CDU, SPD und Grünen fordern die Überprüfung von bestehenden Maßnahmen im Kampf gegen Kindesmissbrauch. Betroffene sollen entsprechende Hilfsangebote niederschwellig wahrnehmen können. Außerdem müssen Täter und Unterstützer von Missbrauch effektiv verfolgt und bestraft werden.

→ [Antrag: Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch](#)

Jahrhundertchance für Nordrhein-Westfalen

Die Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung waren Gegenstand einer Unterrichtung der Landesregierung. Klar ist, dass der Strukturwandel eine große Aufgabe ist, die mit vereinten Kräften angegangen werden muss. Das Rheinische Revier verdient jede Unterstützung. Die FDP-Landtagsfraktion NRW erwartet vom Bund, dass die Vorschläge der WSB-Kommission für die Unterstützung des Strukturwandels zeitnah und ohne Abstriche realisiert werden. Nun geht es darum, die aus der Region selbst entwickelten Projektideen umzusetzen und das Revier als Zukunftsregion aufzustellen.

Neue Arbeitsplätze können die Region zu einem „Hotspot der Zukunft“ machen. Die ambitionierten Ideen aus der Region bieten das Potenzial für eine starke wirtschaftliche Zukunft – und zwar gerade in den Zukunftsfeldern wie Energie, Mobilität oder Bioökonomie. Dem schmerzhaften Verlust der durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze gilt es, mit allen Anstrengungen für neue, attraktive Jobs zu begegnen. Die Energieversorgung muss sicher und bezahlbar bleiben. Elementarer Bestandteil des Abschlussberichts der WSB-Kommission sind deshalb die Revisionszeitpunkte, an denen die Umsetzbarkeit des Ausstiegspfad jeweils geprüft wird. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen ist auf Versorgungssicherheit angewiesen. Die Freien Demokraten im Landtag NRW unterstützen vor allem auch die Vorschläge der Kommission zur Senkung der Stromkosten für die Verbraucher.

→ [Erst Zuhören, dann Anpacken – Chancen für das Rheinische Revier](#)



Chancen und Herausforderungen – Strukturwandel im Rheinischen Revier

Die Menschen in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen – im Rheinischen Revier wie im Ruhrgebiet – verdienen eine echte Perspektive und die gemeinsame Anstrengung aller Akteure in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Sie wollen und können ihre Zukunft selbst maßgeblich gestalten. Umso wichtiger ist, sie nun im Prozess des Strukturwandels mitzunehmen, ihnen klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu geben und damit den Weg in eine gute Zukunft zu ebnen. Die FDP-Fraktion im Landtag NRW will aus der Jahrhundertaufgabe eine Jahrhundertchance für Nordrhein-Westfalen machen. In der Aussprache zur Unterrichtung durch die Landesregierung macht Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW, deutlich: „Die Arbeit endet nicht mit der WSB-Kommission. Sie beginnt jetzt erst so richtig. Das ‚Zukunftsbudget für NRW‘ muss auf den Weg gebracht und investiert werden. In Infrastrukturen und Innovationen.“

→ [Rasche: Die Arbeit am Strukturwandel beginnt jetzt erst](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

NRW unterstützt Bundesratsinitiative zu Videoüberwachung in Schlachthöfen

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert auf Initiative der NRW-Koalition die Videoüberwachung in Schlachthöfen. Auf Bundesebene soll eine Regelung getroffen werden, mit der durch Kamertechnik und Künstlicher Intelligenz Tierschutzverstöße dokumentiert, geahndet und künftig minimiert werden können. Belange des Tierschutzes, der Beschäftigten im Schlachthof und der Schlachthofbetreiber müssen in Einklang gebracht werden.

→ [Antrag: Rechtsgrundlage für Videoüberwachung in Schlachthöfen schaffen](#)

Zuckerrübenanbau: Nachhaltige und regionale Produktion sicherstellen

Heimischen Rübenbauern entstehen durch unterschiedliche Zulassungsbedingungen von Pflanzenschutzmitteln in Europa erhebliche Nachteile. In Deutschland ist die Saatgutbeize, die für den Anbau der Zuckerrübe von besonderer Bedeutung ist, aktuell nicht zugelassen, in neun anderen EU-Mitgliedstaaten hingegen schon. Damit durch diese Restriktionen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen nicht gefährdet werden, fordern die Fraktionen von FDP und CDU eine zeitnahe Anpassung von Aussaatbedingungen an andere EU-Mitglieder und eine Notfallzulassung der Zuckerrübenbeize ermöglichen.

→ [Antrag: Gute Rahmenbedingungen für den Zuckerrübenanbau schaffen](#)

NRW wird für Verbrecher ungemütlicher

Die Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) belegt: Die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen sinkt, die Aufklärungsquote der Polizei befindet sich auf einem Rekordhoch. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den Wohnungseinbrüchen. Es ist die niedrigste Zahl seit mehr als 30 Jahren. Mit der Strategischen Fahnung hat die Polizei seit diesem Jahr ein weiteres Instrument, um den häufig mobilen Tätern das Handwerk zu legen. Auf Antrag der Fraktionen von FDP und CDU hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die PKS debattiert. Es muss analysiert werden, welche Gründe zum Rückgang der Straftaten beigetragen haben. Und über 1,2 Millionen Straftaten machen auch deutlich, dass es noch viel zu tun gibt. Besonders besorgniserregend sind die steigenden Fallzahlen von Mord und im Bereich der Sexualdelikte.

→ [Antrag auf Aktuelle Stunde](#)